

# KEINE ZEIT FÜR APATHIE, KEINE ZEIT ZU SCHWEIGEN!

→ TEXTE FÜR EINE WELTOFFENE DEMOKRATIE

Herausgegeben von Harald Roth



**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet  
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet  
über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0713-7

Der Verlag behält sich das Text- und Data-Mining nach § 44b UrhG vor, was hiermit Dritten ohne Zustimmung des Verlages untersagt ist.

Copyright © 2026 by  
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH  
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn  
Tel. 0228/18 48 770 / [info@dietz-verlag.de](mailto:info@dietz-verlag.de)  
außer: s. Rechtenachweis, S. 253

Umschlag: Petra Bähler, Köln  
Satz: Rohtext, Bonn  
Druck und Verarbeitung: Bookpress, Olsztyn

Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany 2026

Besuchen Sie uns im Internet: [www.dietz-verlag.de](http://www.dietz-verlag.de)

# Inhalt

<b>Erich Fromm</b> Statt eines Vorworts	9
<b>TEIL 1 »Alles kann passieren«</b>	<b>13</b>
<b>Jens-Christian Wagner</b> Demokratie und Menschenrechte verteidigen	15
<b>Rainer Forst</b> Zwei Krisen der Demokratie	34
<b>Doron Rabinovici</b> Die globalisierte Oligarchie	39
<b>Heinrich August Winkler</b> »Wir stehen am Beginn einer höchst gefährlichen Phase der Weltgeschichte«	46
<b>Carla Reemtsma</b> Die Klimakrise, die Demokratie und wir	54
<b>Wolfgang Benz</b> Lehren der Geschichte	63
<b>Frank Biess</b> Die autoritäre Wende in den USA und die Auswirkungen auf die Bundesrepublik	73
<b>Christine Lieberknecht</b> Demokratieerfahrungen in Ostdeutschland	87

<b>Rolf Frankengerger</b>	
Die extreme Rechte, der Faschismus und die Macht	107
<b>Katharina Mayer &amp; Léonie de Jonge</b>	
Rechtsaußen als transnationale Herausforderung	120
<b>Tanjev Schultz</b>	
Lasst die AfD rechts liegen! Über die demokratische Verantwortung des Journalismus	128
<b>Florian Roth &amp; Christian Vöggtlin</b>	
Wirtschaft, wie hältst du es mit der Demokratie?	
Unternehmensverantwortung in Zeiten wachsenden Populismus und Extremismus	134
<b>TEIL 2 Ich stehe hier, laut und wütend</b>	<b>147</b>
<hr/>	
<b>Norbert Frei</b>	
Wider die Verlockung der Hoffnungslosigkeit – Laudatio auf Irina Scherbakowa	149
<b>Joëlle Lewitan</b>	
Schaut nicht weg, schaut hin	157
<b>Ursula Krechel</b>	
Mitleid	164
<b>Steffen Mensching</b>	
Wandertag zu Lehrer Höcke	167
<b>Maike Finnern &amp; Elina Stock</b>	
Demokratiebildung als gesellschaftlicher Auftrag: Warum das Bildungssystem nicht nur Wissen vermitteln muss und mehr Ressourcen braucht	172
<b>Matthis Meckelnborg/Erik Assenheimer/Timon Ahlers/Jannika Hüne/Lieselotte Vey</b>	
In welcher Weise möchtest du dich für die Demokratie einsetzen?	180

---

**TEIL 3 Ein Versprechen, das Mutlosigkeit und Lähmung überwinden hilft** 191

---

**Sibylle Thelen**

Demokratische Diskurse im »Jahrhundert der Komplexität« 193

**Jürgen Wiebicke**

Den Maschinenraum der Demokratie betreten 203

**Rainald Manthe**

Demokratie braucht Begegnung 214

**Aleida Assmann & Jan Assmann**

Helden und Heldinnen des Gemeinsinns 220

**Gesine Schwan**

Kommunale Entwicklungsbeiräte: wirksame Bürgerbeteiligung stärkt die Demokratie 234

Über die Autorinnen und Autoren 243

Rechtenachweis 253



## Statt eines Vorworts

### **Die grundlegenden Errungenschaften der modernen Demokratie (1941)**

Die Zukunft der Demokratie hängt von der Verwirklichung des Individualismus ab, der seit der Renaissance das Ziel des modernen Denkens ist. Die kulturelle und politische Krise unserer Zeit liegt nicht daran, dass es zu viel Individualismus gibt, sondern dass das, was wir für Individualismus halten, zu einer leeren Schale geworden ist. Der Sieg der Freiheit ist nur möglich, wenn die Demokratie sich zu einer Gesellschaftsform entwickelt, wo der einzelne Mensch mit seinem Wachstum und seinem Glück Ziel und Zweck der Kultur ist, wo das Leben keine Rechtfertigung durch Erfolg oder irgendetwas anderes braucht und wo der einzelne Mensch nicht von einer Macht außerhalb seiner selbst unterworfen oder manipuliert wird – sei es nun der Staat oder der Wirtschaftsapparat.

[...]

Wir können es uns nicht leisten, irgendwelche grundlegenden Errungenschaften der modernen Demokratie aufzugeben – weder die repräsentative Regierungsform noch die Rechte, welche die »Bill of Rights« einem jeden Bürger garantiert. Und wir können auch nicht die neueren demokratischen Grundsätze aufs Spiel setzen, dass keiner mehr verhungern darf, dass die Gesellschaft für alle ihre Mitglieder verantwortlich ist, dass niemand durch Einschüchterung dazu gebracht werden darf, sich unterzuordnen und aus Angst vor Arbeitslosigkeit und Hunger seinen Stolz aufzugeben. Diese Grunderrungenschaften müssen nicht nur erhalten, sie müssen auch noch ausgebaut und erweitert werden.

Aber wenn die Demokratie auch bis zu einem gewissen Grad – wenn auch keineswegs vollkommen – verwirklicht ist, so genügt das doch nicht. Fortschritte in der Demokratie sind erforderlich hinsichtlich der tatsächlichen Freiheit, Initiative und Spontaneität des einzelnen Menschen, und dies nicht nur in Bezug auf gewisse private und geistige Dinge, sondern vor allem in dem Bereich, der für das Leben eines jeden Menschen von fundamentaler Bedeutung ist: im Bereich seiner Arbeit.

[...]

Das einzige Kriterium für die Verwirklichung der Freiheit ist, ob der einzelne Mensch aktiv sein Leben und das der Gesellschaft mitbestimmt oder nicht, und das nicht nur durch den formalen Akt der Wahl, sondern bei seiner täglichen Arbeit und in seinen Beziehungen zu den anderen. Wenn sich die moderne politische Demokratie auf die rein politische Sphäre beschränkt, so kann sie den Folgen der wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit des Durchschnittsbürgers nicht entgegenwirken.

[...]

Noch niemals sind Worte mehr zum Vertuschen der Wahrheit missbraucht worden als heute. Der Betrug an den Verbündeten wird als Beschwichtigung bezeichnet, eine militärische Aggression wird als Verteidigung gegen einen Angriff getarnt, die Eroberung kleiner Völker läuft unter dem Namen eines Freundschaftspakts, und die brutale Unterdrückung der gesamten Bevölkerung erfolgt im Namen des Nationalsozialismus. Die Worte »Demokratie«, »Freiheit« und »Individualismus« werden auf ähnliche Weise missbraucht. Es gibt eine Möglichkeit, den wahren Unterschied zwischen Demokratie und Faschismus zu definieren. Die Demokratie ist ein System, das die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Voraussetzungen für die volle Entfaltung des einzelnen Menschen schafft. Der Faschismus ist ein System, das – seines Namens ungeachtet – den einzelnen äußeren Zwecken unterordnet und der Entwicklung einer echten Individualität abträglich ist.

[...]

Nur wenn der Mensch die Gesellschaft in den Griff bekommt, nur wenn er den Wirtschaftsapparat in den Dienst des menschlichen Glücks stellt, und nur wenn jeder Einzelne aktiv am gesellschaftlichen Prozess beteiligt wird, kann er seine Einsamkeit und das Gefühl der Ohnmacht überwinden, das ihn heute zur Verzweiflung treibt. Heute leidet der Mensch nicht so sehr unter der Armut wie darunter, dass er zu einem Rädchen einer großen Maschine, zu einem Automaten wurde und dass sein Leben leer und sinnlos geworden ist. Der Sieg über autoritäre Systeme aller Art wird nur möglich sein, wenn die Demokratie nicht den Rückzug antritt, sondern die Offensive ergreift und das in die Wirklichkeit umsetzt, was alle jene im Sinn hatten, die in den vergangenen Jahrhunderten für die Freiheit gekämpft haben. Sie wird nur dann über die Kräfte des Nihilismus triumphieren, wenn sie die Menschen mit dem stärksten Glauben erfüllen kann, zu dem der menschliche Geist fähig ist: mit dem Glauben an das Leben und an die Wahrheit und an die Freiheit als der aktiven und spontanen Verwirklichung des individuellen Selbst.



# TEIL 1

»ALLES KANN PASSIEREN«



# Demokratie und Menschenrechte verteidigen

## Plädoyer für eine engagierte Geschichtswissenschaft

»Wissenschaftler dürfen keine Aktivisten sein«, schrieb der Saarbrücker Soziologe Martin Schröder vor rund einem Jahr im Wochenmagazin *Die Zeit*.<sup>1</sup> Noch deutlicher formulierte es Johannes Pennekamp, Leiter des Wirtschaftsressorts der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. »Aktivistische Wissenschaftler sind ein Greuel«, hieß es im Titel eines Beitrages in seiner Zeitung vom Dezember 2020, in dem er Wissenschaftler:innen kritisierte, die politische Forderungen zur Bekämpfung des Klimawandels öffentlich vertreten, wie etwa die Initiative »Scientists for Future«.<sup>2</sup>

Aktivismus – das ist ein Wort, das polarisiert, und das derzeit vor allem in den USA in aller Munde ist, seit Donald Trump versucht, den Universitäten, denen er marxistischen Aktivismus vorwirft, politisch auf seine MAGA-Linie zu bringen. Neu ist der Begriff des Aktivismus indes nicht. Allerdings hat er in den vergangenen 150 Jahren mehrfache Bedeutungswandel durchlebt. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war der Begriff in Deutschland noch in der Philosophie beheimatet. Im Ersten Weltkrieg bezeichnete er Anhänger des sogenannten Auslandsdeutschtums und erweiterte sich bald als Beschreibung radikaler poli-

---

1 Martin Schröder, Wissenschaftler dürfen keine Aktivisten sein, in: *Die Zeit* 13/2024, 22.3.2024 (<https://www.zeit.de/2024/13/aktivismus-wissenschaft-objektivitaet-forschung-soziologie>, abgerufen am 31.8.2025).

2 Johannes Pennekamp, Aktivistische Wissenschaftler sind ein Greuel, in: *FAZ*, 12.12.2020 (<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/aktivistische-wissenschaftler-sind-ein-greuel-17097956.html>, abgerufen am 31.8.2025).

tischer Bewegungen.<sup>3</sup> Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bekam er eine eher positive Bedeutung und bezeichnete Personen, die sich emanzipatorisch für politische, soziale und gesellschaftliche Belange einsetzten. In den 1960er- und 1970er-Jahren erlebte der Begriff »activism« in den USA mit Blick auf die Bürgerrechtsbewegung und seine deutsche Entsprechung ab den 1980er-Jahren mit Bezug auf die Neuen Sozialen Bewegungen eine Hochzeit. Aktivismus galt zumindest unter Progressiven als etwas Positives.

Die Gegenbewegung ließ nicht auf sich warten: Seit einigen Jahren kam es vor allem im konservativen Milieu zu einer Bedeutungsverschiebung. Vor allem das Adjektiv »aktivistisch« ist dort negativ besetzt und dient dazu, politisches oder gesellschaftliches Engagement von Wissenschaftler:innen als sachfremd oder unwissenschaftlich zu diffamieren – siehe den eingangs zitierten Kommentar von Johannes Pennekamp. Dieser Diskurs prägt nicht nur die deutsche Debatte, sondern auch Diskussionen etwa in den USA, und es betrifft nicht nur allgemein das politische Engagement von Wissenschaftler:innen, sondern auch ganz explizit die Geschichtswissenschaft. In den USA konnte man das 2022 beobachten, als James H. Sweet, Präsident der American Historical Association, in einer Kolumne den angeblich übermäßigen »Präsentismus« politisch engagierter Historiker:innen und die Überpolitisierung des Faches beklagte. Dabei hatte er vor allem Vertreter:innen linker Identitätspolitik im Blick. Es entwickelte sich eine heftige Debatte, in deren Verlauf Sweet von Vertreter:innen der Postcolonial Studies vorgeworfen wurde, rassistisch argumentiert zu haben. Vom »white gaze« war die Rede.<sup>4</sup>

Solche Reaktionen wiederum lösten auf der konservativen Seite den Vorwurf der »Cancel Culture« aus, um die angebliche Einschränkung der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit zu geißeln. So dauerte es in Deutschland nicht lange, bis sich nach der Gründung der Initiative »Scientists for Future« das »Netzwerk Wissenschaftsfreiheit« gründete,

---

3 Vgl. auch im Folgenden Sven Reichardt, Aktivismus und Geschichtswissenschaft. Eine Einleitung, in: *Geschichte und Gesellschaft* 50 (2024), S. 8–32, hier S. 18 f.

4 Vgl. ebd., S. 8 ff.

in dem sich vor allem rechtskonservative Wissenschaftler:innen zusammengeschlossen haben, die der angeblichen Ideologisierung der Wissenschaft den Kampf angesagt haben. Ein besonderes Reizthema ist für die Gruppe das Gendern. Zudem versteht sich das Netzwerk als Anlaufstelle für Opfer der »Cancel Culture«. Der Begriff der »Cancel Culture« hat sich mittlerweile zum Kampfbegriff des rechtspopulistischen bis rechtsextremen Milieus entwickelt. Er soll dazu dienen, wissenschaftsferne, dezidiert politische und rechte kulturkämpferische Positionen als Wissenschaftsfreiheit zu legitimieren. Im Journalismus geht damit der Aufstieg sogenannter »Alternativer Medien« und die Ablehnung seriöser Medien als »Lügenpresse« und »Mainstream« einher. Deutlich zeigt sich das etwa an der Kampagne gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der von rechts außen, u. a. aus der AfD, als »zwangsfinanzierter Staatsfunk« bezeichnet wird.

Beispiele für die angebliche »Cancel Culture« sind kritische Positionen zur Leugnung des Klimawandels oder auch zur Leugnung nonbinärer Geschlechter (man denke an die Debatten um die Vorlesung der Biologin Marie-Luise Vollbrecht an der HU Berlin). Auch die Verharmlosung des Holocaust möchten die rechten Kulturkämpfer unter dem Vorwand der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit legitimieren. »Mut zur Wahrheit« stand etwa auf Wahlplakaten, die die AfD Weimar im September 2021 illegal an Laternenmasten in der Gedenkstätte Buchenwald anbrachte. Als »Wahrheit« kann in diesem Zusammenhang nur das gedeutet werden, was der in der Gedenkstätte präsentierten Geschichtsdeutung widerspricht.

Der Verweis auf die vom »linksgrünen« Mainstream angeblich eingeschränkte Wissenschaftsfreiheit dient dazu, dezidiert politische Positionen zu vertreten – nur eben nicht für progressiv-emanzipatorische Ideen, sondern für konservative, reaktionäre oder sogar rechtsextreme Ideologien. Den Vorwurf, selbst dezidiert politische Zwecke zu verfolgen, muss man allerdings dem Netzwerk Wissenschaftsfreiheit selbst machen, auch wenn es keinesfalls in toto in die rechtspopulistische oder gar extrem rechte Ecke gestellt werden kann. Dass es aber um dezidiert politische Ziele geht, zeigt einer der führenden Köpfe des Netzwerkes, der Historiker Andreas Rödder. Er ist seit 2005 Professor für Neueste

Geschichte an der Uni Mainz und war 2022/23 Leiter der Grundwertekommission der CDU, die – maßgeblich von ihm beeinflusst – einen programmatischen Rechtsschwenk der Partei einleitete. Rödder gehört bis heute zu den Kräften in der CDU, die sich gegen die »Brandmauer« gegenüber der AfD einsetzen (deshalb musste er 2023 von seinem Posten als Leiter der Grundwertekommission zurücktreten).<sup>5</sup>

Der Vorwurf der Politisierung der Wissenschaft (er wurde etwa auch von Michael Wolffsohn vorgetragen, nachdem der Historikertag 2018 eine Resolution gegen den Missbrauch der Geschichte verabschiedet hatte, die sich gegen die AfD richtete, auch wenn sie namentlich nicht genannt wurde<sup>6</sup>) mithin auch diejenigen betrifft, die ihn vorbringen. Entscheidend ist, dass Historiker:innen transparent und selbstkritisch damit umgehen. Wissenschaft ist immer zeitgebunden, und selbstverständlich sind Wissenschaftler:innen immer geprägt von den aktuellen politischen, sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen. Das Deutungsmuster von Wissenschaftlern (und Ingenieuren) als unpolitische Fachmänner (heute müsste man die Frauen hinzufügen) hat Jürgen Habermas schon 1968 als ideologisch dekuviert, auch wenn manche das heute noch nicht wahrhaben wollen.<sup>7</sup> Wertfreie Wissenschaft gibt es nicht.

Die Frage, wie politisch die Geschichtswissenschaft sein darf oder sein muss, wird nicht erst jetzt gestellt. Am Ende des Ersten Weltkrieges, in einer Zeit radikaler politischer Umbrüche, forderte der Urvater der modernen Geschichts- und Sozialwissenschaft, Max Weber, in seinen Schriften »Wissenschaft als Beruf« (1917) und »Politik als Beruf«

---

5 Rödder selbst behauptet, sein politisches Engagement habe mit seiner wissenschaftlichen Arbeit nichts zu tun, beides trenne er sorgfältig; vgl. Jannis Koltermann, Wird Clio jetzt konservativ?, in: FAZ, 29.8.2025, S. 9.

6 Vgl. Sven-Felix Kellerhoff, Wie politisch darf ein Historikerverband sein?, in: Die Welt, 30.9.2018 (<https://www.welt.de/kultur/article181717830/Historikertag-vs-AfD-Wie-politisch-darf-ein-Historikerverband-sein.html>, abgerufen am 31.8.2025).

7 Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als »Ideologie«, Frankfurt/Main 1968.